



Für eine lebenswerte Zukunft – wie wir das Land Bremen klimaneutral machen.

Ökologie, Ökonomie und Soziales in Einklang bringen

Positionspapier
14. September 2026

Ausgangslage

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen und Schöpfung ist in den christdemokratischen Grundwerten und Überzeugungen fest verankert. Dazu stehen wir. Denn unsere Vision für unser Bundesland ist, dass beide Städte Bremen und Bremerhaven nicht nur heute, sondern auch in zehn, zwanzig, fünfzig Jahren lebens- und liebenswert bleiben. Dass unsere Bürgerinnen und Bürger, Bewohnerinnen und Bewohner – wir alle – in einem guten Klima (des Mit- und füreinander) auch gut leben können. Dass unsere Unternehmen – Rückgrat unseres Wachstums und der Arbeitsplätze – zukunftsfähig und stark bleiben. Dafür wollen wir mit voller Energie einsetzen und laden auch Sie dafür ein.

Der Klimawandel ist maßgeblich menschengemacht. Hitzesommer, langanhaltende Trockenheit, Waldbrände und Ernteaufschläge zeigen, dass er direkte Auswirkungen auf das Alltagsleben in Deutschland und Bremen hat. Durch das klimabedingte Ansteigen des Meeresspiegels werden Hochwasser und Sturmfluten in den nächsten Jahrzehnten mit einer hohen Wahrscheinlichkeit zunehmen, weshalb ein einwandfreier Deichschutz in Bremen und Bremerhaven selbstverständlich ist und bleiben muss. Auch Hitzesommer, langanhaltende Trockenheit und gesundheitliche Risiken für vulnerable Gruppen sind direkte Auswirkungen des zunehmenden Klimawandels auf das Alltagsleben in unserer

hanseatischen Heimat. Aufgrund dieser Entwicklungen gibt es Handlungsbedarf bei der klimatischen Anpassung unserer Wirtschaft und Infrastruktur sowie dem Klima- und Hitzeschutz für unsere Bürger. Alle staatlichen Institutionen und Bürger sind angehalten, einen Beitrag zu leisten, um die Erderwärmung deutlich unter zwei Grad, doch möglichst auf 1,5 Grad über dem vorindustriellen Niveau im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen zu begrenzen. Die positive Nachricht ist: Es liegt (noch) in den Händen von uns allen, unsere Zukunft und die Zukunft der nachfolgenden Generationen zu gestalten.

Wirtschaft und Klimaschutz werden im politischen Diskurs immer wieder gegeneinander ausgespielt. Auf der einen Seite werden Klimaschutzaspekte für Wirtschaft und Privateigentümer oft als kostenintensiv, einschränkend und schädlich wahrgenommen. Auf der anderen Seite greift die Vorstellung um sich, dass man den klimatischen Auswirkungen nur mit Verboten und sozialer Umerziehung entgegenwirken kann. Statt diesen beiden Extremen gilt es, einen ausgewogenen Mittelweg zwischen Ökologie, Ökonomie und Soziales zu gehen. Klimaschutz als Aufgabe hat keine Farbe und ist weder grün noch schwarz. Wir als CDU-Fraktion wollen eine verantwortungsvolle Klimapolitik, die vor Ort für sichtbare Ergebnisse sorgt und gleichzeitig Bürger und Wirtschaft nicht überfordert.

In der Vergangenheit vermochte es der rot-grün-rote Senat nicht, auf die Auswirkungen des Klimawandels adäquat zu reagieren und die Energiewende erfolgreich voranzutreiben. Insbesondere im Verkehrsbereich wurden klimaschützende Maßnahmen nicht auf den Weg gebracht, sondern der Klimawandel immer wieder für den Versuch ideologischer Umerziehungen missbraucht. So stecken die Angebotsoffensive und die Elektrifizierung der BSAG immer noch in den Kinderschuhen und warten seit Jahren weiter auf die finanziellen Mittel, obwohl die Pläne seit Jahren auf dem Tisch liegen und die positiven Klimaauswirkungen klar bezifferbar sind. Auch das Leuchtturmprojekt des rot-rot-grünen Senats, der Klimacampus, kommt auch diese Legislaturperiode nur schleppend voran. Durch eine falsche Prioritätensetzung auf Ernährungsprojekte oder unverhältnismäßig teure „Klimastraßen“ werden die gesetzlich verankerten Klimaziele für das Land Bremen mit großer Wahrscheinlichkeit gerissen, notwendige Finanzmittel verschwendet und kaum CO₂ eingespart. Vermeintliche Erfolge wie den massiven Zuwachs an PV-Anlagen oder den Ausstieg aus der Kohlekraft fußen auf die Handlungen von Unternehmen, privaten Eigentümern oder der Bundesgesetzgebung. Als Reaktion darauf verengt der Senat die zu erreichenden Ziele auf einen immer kleineren Zeitraum. Es besteht die Gefahr, dass in den 2030er Jahren zu immer drastischeren Mitteln gegriffen werden muss, wodurch das Verhältnis zwischen Ökologie, Ökonomie und sozialer Balance – auch zu Lasten der jungen Generation – ins Ungleichgewicht fällt.

Seit der Klima-Enquete-Kommission sind inzwischen fünf Jahre vergangen und die politischen Rahmenbedingungen haben sich durch die Corona-Krise, den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und den anhaltenden Wirtschaftseinbruch stark verändert. Für die Mehrheit der Bürger stehen nun nicht die zukünftigen Auswirkungen des Klimawandels, sondern hohe Energiekosten, hohe Lebensmittelpreise und hohe Mieten im Speziellen und hohe Lebensunterhaltskosten im Allgemeinen im Vordergrund. Die Zinsen sind um mehr als das Doppelte angestiegen und Investitionen nur noch schwer zu tätigen. Insgesamt ist die wirtschaftliche Lage von Unsicherheit und Sorgen geprägt.

Vor diesem Hintergrund sah sich die zuständige Senatorin Henrike Müller im März 2026 gezwungen, bei der Vorstellung eines klimapolitischen Investitionsprogramms im Rathaus Bremen öffentlich zuzugeben, dass die eigenen Klimaziele wahrscheinlich nicht erreicht werden (vgl. [Weser-Kurier](#)). Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat die Aussage als Anlass genommen, den Senat zu verklagen. Arcelor Mittal als größter CO₂-Emittent des Landes Bremen hat von einem klimaneutralen Umbau des Stahlwerks abgesehen und es ist zunehmend unwahrscheinlicher geworden, dass man ohne Überforderung von Bürgern und Überlastung der Wirtschaft die Klimaneutralität bis 2038 erreichen kann. Wir als CDU-Fraktion sehen uns veranlasst, die gesetzte Ziele in Anbetracht der veränderten Lage zu hinterfragen. Schon im November 2021 hatte die CDU des Landes Bremen im eigens beschlossenen Klimaschutzprogramm spätestens das Jahr 2040 für die Klimaneutralität anvisiert.

Während sich der rot-grün-rote Senat als klimapolitischer Zaungast aufführt, haben die Menschen und Unternehmen im Land Bremen selbst Initiative gezeigt. Viele haben ihr Eigentum inzwischen selbst mit PV-Anlagen und Wärmepumpen ausgestattet oder sind zur E-Mobilität gewechselt, da diese Technologien über die Jahre wirtschaftlicher geworden sind und in hoher Zahl zur Verfügung stehen. In anderen Hinsichten, wie bspw. dem Ausbau von Trinkwasserbrunnen in der Stadtgemeinde Bremen, hat der rot-grün-rote Senat sich auf das europäische Mindestmaß beschränkt. Auch in der Digitalisierung der Strominfrastruktur könnte er wesentlich schneller vorankommen.

Wir als CDU-Fraktion wollen daher, dass ein zukünftiger Senat pro-aktiv im Sinne von uns allen handelt, dass er sich auf Bereiche konzentriert, die nachweislich CO₂-Emissionen reduzieren und dass er die Politik zusammen mit Bürgern, Unternehmen und Verbänden ausgestaltet. Ein gutes Beispiel für das Zusammenwirken von Möglichkeiten und Notwendigkeiten stellt die Antriebswende bei Autos dar. Bis 2038 wird ein Rückgang der straßenverkehrsbedingten CO₂-Emissionen von 70% im Vergleich zu 1990 prognostiziert, ohne dass der Staat hier eingreift (vgl. VL 21/7247 Wirkungsabschätzung der

verkehrlichen Maßnahmen des Aktionsplan Klimaschutz der Freien Hansestadt Bremen). Diese Entwicklung gilt es durch staatliche Seite zu flankieren und zu unterstützen, so dass sie beschleunigt wird. Ziel muss es sein hier mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: die Mobilität im Alltag zu ermöglichen, die Antriebswende voranzutreiben, die CO₂-Emissionen zu reduzieren, die Klimaanpassung in den Quartieren vorzunehmen und gleichzeitig mit weiteren Klimaschutzmaßnahmen zu kombinieren. Ein wichtiges Instrument hierfür sind aus unserer Sicht Quartiersgaragen, die die notwendige E-Ladeinfrastruktur liefern können, den Menschen somit eine verlässliche Perspektive zum Antriebsumstieg bieten, gleichzeitig den Straßenraum entlasten und dort Platz für Entsiegelung und Begrünung schaffen. Gleichzeitig können sie als Energiespeicher und Energieproduzenten dienen.

Das Repowering von Windkraftanlagen (WKE) ist ein weiterer Baustein, um die Energiewende und damit verbundene CO₂-Reduktion zu forcieren. Bremen hat auch hier hohe Ziele in der Klima-Enquete-Kommission festgelegt (300 MW bis 2030 und 350-400 MW bis 2038), die aktuell unerreichbar sind. Da Bremen begrenzte Flächen hat und das Bundesflächenziel von 0,5% der Landesfläche ohnehin erreicht ist, muss sich die Politik primär auf die Erneuerung der WKE konzentrieren. Ein Ausbau neuer Anlagen ist vor allem entlang der A27 (Dreieck "Bremen-Industriehäfen" und "Bremen-Überseestadt") sowie in Gewerbegebieten und Industrieparks möglich.

So können Carbon-Capture Storage (CCS) und Carbon-Capture Utilization (CCU) einen Beitrag zum Umgang mit schwer vermeidbaren und unvermeidbaren CO₂-Emissionen im „hard-to-abate“-Sektor leisten. Das Land Bremen kann hierfür insbesondere die notwendigen infrastrukturellen Voraussetzungen schaffen und die Anbindung an überregionale CO₂-Transport- und Speicherinfrastrukturen fördern, ohne CCS oder CCU im Land selbst anzuwenden.

Ähnlich verhält es sich bei der Solarenergie, bei der weitaus höhere Ziele (500 MW bis 2030 und 1000 MW bis 2038) angesetzt wurden. Der rot-grün-rote Senat hat den bisherigen Ausbau vor allen den privaten Akteuren überlassen und setzt bei öffentlichen Gebäuden noch auf Gasenergie. Um die Ziele zu erreichen, braucht es energetische Sanierungen, die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung von öffentlichen Gebäuden und den sichtbaren Aufbau von Solaranlagen an öffentlichen Gebäuden. Um Synergien in den beiden Stadtgemeinden aufzubauen und die Energiewende voranzutreiben, brauchen wir flächendeckend Smart-Meter, sodass wir Ausbaupotenziale und Lücken ermitteln können. Generell müssen wir vor dem Hintergrund des Wissenschaftsstandorts offen für neue Technologien in den genannten und anderen Bereichen sein (u. a.

131 klimafreundlicher Wasserstoff, Sektorenkopplung, Speichertechnologien) und diese
132 durch die auskömmliche Finanzierung des Wissenschaftsplans unterstützen.

133 Zudem muss auch bei der kommunalen Wärmeplanung in der Stadtgemeinde Bremen
134 nachgebessert werden. Der Senat hat nach Jahren der Bearbeitung ein unfertiges Er-
135 gebnis geliefert, das Unsicherheit ausgelöst hat. Schließlich muss die aktuelle staatliche
136 Struktur (Personal, Projekte, Programme und Förderstruktur) auf ihre Effizienz überprüft
137 werden, um das Emissionseinsparpotenzial zu verbessern. Finanziert wird zudem nur
138 noch, was nachweislich den höchsten Einspareffekt hat. Die Minderausgaben aus einer
139 Streichung wirkungsloser klientelpolitischer Programme wie „Forum Küche“, „BioStadt“
140 und „Klimaschutz im Quartier“ können dann den dringend notwendigen energetischen
141 Sanierungen oder dem Aufbau von Infrastruktur zugeführt werden. Bei Förderungen
142 müssen zudem vorhandene Mittel aus der EU und dem Bund voll ausgeschöpft und Dop-
143 pelstrukturen auf Landesebene oder städtischer Ebene in Bremen und Bremerhaven ver-
144 mieden werden.

145 Auch die Auswirkungen des Klimawandels müssen höhere Beachtung finden und in ihrer
146 Intensität begrenzt werden. So sind vor allem gezielte Entsiegelungen von hoher Bedeu-
147 tung, um die städtische Temperatur in Bremen und Bremerhaven besser zu regulieren
148 und dem Schwammstadt-Prinzip gerecht zu werden. Statt lediglich auf das Engagement
149 von Bürgern zu setzen, muss der Senat verstärkt bei der eigenen öffentlichen Infrastruk-
150 tur ansetzen. Da zeigen die fertiggestellten Orte in der Stadtgemeinde Bremen, wie
151 bspw. die 1,4 Mio. teure Klimastraße (Dechanatsstraße) oder der neue ZOB, die Beton-
152 wüsten mit wenig Grün entsprechen, dass der Senat seinen eigenen Erwartungen nicht
153 gerecht wird. Zudem müssen die Hitze- und Klimaschutzmaßnahmen, wie bspw. der
154 Ausbau von Trinkwasserbrunnen, verstärkt angegangen werden, um vulnerable Gruppen
155 besser zu schützen. Laut dem RKI liegt die Anzahl an Hitzetoten bis zum dritten Sep-
156 tember im Sommer 2026 bei 16.300 in Deutschland. 2026 ist damit ein Rekordjahr (vgl.
157 RKI). Zuletzt muss die Umwelt- und Klimabildung für Kinder, Jugendliche und Erwach-
158 sene verstärkt werden, um das allgemeine Bewusstsein hierzu zu bekräftigen.

159 **Vor diesem Hintergrund schlagen wir die folgende Kernaussrichtung vor:**

160

161

162

I. Bezahlbare Klimaanpassungsmaßnahmen zur Reduktion von CO₂-Emissionen

1. Realistische Zielsetzung:

Das bisherige Ziel, bis 2038 eine 95% Reduktion der CO₂-Emissionen zu erreichen, bezieht sich auf die Ergebnisse der Klima-Enquete-Kommission von 2021. Zugegebenermaßen ist diese Zielsetzung äußerst ambitioniert gewesen und die Umsetzung ist nur dann möglich, wenn mittelfristig das Stahlwerk auf grünen Stahl umsteigen wird und wenn wir alle mitanpacken: staatliche Institutionen, Wirtschaft sowie unsere Bürgerinnen und Bürgern. Den Weg dazu wollen wir zusammen mit allen begehen – indem wir unter Beteiligung von allen relevanten Akteuren (Verbände, Sozialpartner, Unternehmen, öffentliche Einrichtungen, Umweltorganisationen und Wissenschaft) einen Sofortplan entwickeln, der wirksamste Klimaschutzmaßnahmen im Land Bremen definiert und die in den ersten neun Monaten nach der kommenden Bürgerschaftswahl eingeleitet und umgesetzt werden sollen. Dabei wollen wir insbesondere prüfen, inwiefern das 2038er-Ziel gehalten werden kann. Wir wollen einen neuen Zukunftsvertrag ausarbeiten, der uns stabile Lebensgrundlagen, gute und gesicherte Lebensverhältnisse und ein gutes Miteinander schafft, indem alle auf diesem Wege mitgenommen werden. Als oberste Leitplanken dabei bleiben für uns die Nachhaltigkeitsziele der UN-Agenda 2030 sowie Ziele nach dem Pariser Klimaabkommen.

2. Bezahlbare Energieversorgung für unser Bundesland:

Eine bezahlbare Energieversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen bietet die Grundlage des Vertrauens und der Akzeptanz für die Energiewende. Gleichzeitig ist Strom in Deutschland immer noch mit höheren staatlich induzierten Abgaben und Steuern als Gas belegt. Dabei ist die Elektrifizierung in den Sektoren Verkehr und Wärme ein zentraler Baustein zum Umstieg auf klimafreundliche Alternativen. Um den Klimaschutz und die Bezahlbarkeit miteinander in Einklang zu bringen, soll die Bundesregierung ihr Wahlversprechen einhalten und bereits im nächsten Haushalt 2027 die Stromsteuer für alle auf das europäische Mindestmaß senken. Dafür setzen wir uns zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Bundesländern mit Nachdruck ein.

3. Erneuerbare Energieoffensive:

Um den Ausbau von EE, insbesondere bei der öffentlichen Hand voranzutreiben und mit einem guten Beispiel voranzugehen, setzen wir uns für die folgenden Punkte ein:

- Zukunfts-Repowering-Konzept mit Fokus auf schnellere Genehmigungsverfahren unter sechs Monaten und Betriebserlaubnisse.
- Wiederaufnahme des Energie- und CO₂-Monitorings für die Gebäude der öffentlichen Hand im Land Bremen sowie der Stadtgemeinde Bremen.
- Bauoffensive von Solarpaneelen auf öffentlichen Dächern (Schulen, Behörden etc.) mit dem Ziel, alle öffentlichen Gebäude des Landes und der Stadtgemeinde Bremen bis 2030 mit Ökostrom aus eigener Erzeugung auf dem Dach oder – wo es technisch an den Voraussetzungen in den kommenden vier Jahren zunächst mangelt – unter Ökostrombezug von Dritten zu versorgen.
- Wir wollen auf ein pauschales Standortkonzept für Freiflächensolaranlagen verzichten und uns dafür einsetzen, dass geplante Anlagen einer Einzelfallprüfung unterliegen.
- Beschleunigung des Smart-Meter-Rollouts auf öffentlichen Gebäuden – deutlich vor dem gesetzlichen Fahrplan bis 2030 (Ziel: Ausstattung von mindestens 75 Prozent der Pflichtfälle im Bereich der öffentlichen Hand bis 2028).
- Re-Fokussierung freigewordener Finanzmittel auf die energetischen Sanierungen der öffentlichen Gebäude, den Aufbau von PV-Anlagen auf öffentlichen Dächern sowie den Umstieg auf klimaneutrale Wärmeversorgung der öffentlichen Gebäude.
- Vereinfachung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen in Gewerbegebieten und Industrieparks, um geeignete Flächen effizienter zu nutzen und die Akzeptanz vor Ort zu stärken.
- Beschleunigung des bedarfsgerechten Netzausbaus, insbesondere durch schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie eine bessere Koordination zwischen Land, Kommunen und Netzbetreibern.

4. Verlässliche Wärmeplanung:

Die aktuell lückenhafte kommunale Wärmeplanung in der Stadtgemeinde Bremen muss in den folgenden Hinsichten verbessert werden:

- Planungssicherheit muss in allen Bereichen der Stadt langfristig geschaffen werden, indem die Prüfgebiete mit klaren Angaben (Nahwärme, Fernwärme oder dezentrale Wärmelösungen wie etwa durch Wärmepumpen) bis Ende 2027 aufgelöst werden.
- Beim geplanten Wärmenetzkpaket auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass die Regelungen für die Preisaufsicht und den Preisänderungsklauseln fair und ausgewogen für die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Versorger gestaltet werden. Außerdem werden wir im Austausch mit allen relevanten Akteuren, u.a. den Energieversorgern, Verbänden und der Verbraucherzentrale ergebnisoffen prüfen, inwiefern eine Doppelförderung für Wärmepumpen in den Fernwärmevorranggebieten ausgeschlossen werden soll, z.B. auf Basis einer kommunalen Entscheidung oder einer verbindlichen Erklärung des Wärmenetzbetreibers über den bevorstehenden Netzanschluss. Beide Optionen werden bereits in der neuen Richtlinie der Bundesförderung für effiziente Gebäude genannt. Denn: Dies würde den Wärmepreis für die Kunden in den Fernwärmevorranggebieten reduzieren, öffentliche Steuergelder effizienter und zielgerichteter einsetzen und gleichzeitig mehr Investitionssicherheit für die Energieversorger bieten.
- Eindeutige Bestimmungen zur Finanzierung und zum Förderungsmechanismus beim Anschluss an der Fernwärme.
- Rechtliche Erleichterungen und unbürokratische Lösungen (im Baurecht und bei Genehmigungen), wie etwa ein digitales Baustellenmanagement beim Infrastrukturausbau. Im Sinne von Bürgerinnen und Bürger, einer Vermeidung einer Verkehrsbehinderung sowie der Kosteneffizienz sollen öffentliche Straßen in den nächsten Jahren – wenn notwendig – für die Verlegung von Leitungen und Netzen nur einmal aufgerissen werden.
- Eine integrierte Planung von Energieversorgungsinfrastrukturen – Fern- und Nahwärme, Strom, Wasserstoff sowie die zukünftig effiziente Nutzung der Gasnetze bei weiter abnehmendem Verbrauch soll zusammengedacht und bei der Umsetzung und der nächsten Fortschreibung der kommunalen Wärmeplanung mitgedacht werden.

5. Institutionelle Reform:

Alle Personalstellen, Projekte, Programme und Förderstrukturen des Senats und nachgelagerter Behörden sowie Institutionen und staatlich finanzierte Verbände mit klarem Bezug zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung werden auf ihre konkreten CO₂-Einsparungen und ihren direkten Einfluss auf diese geprüft. Sollten Doppelstrukturen oder mangelhafte Ergebnisse das Ergebnis sein, müssen diese nach und nach behoben werden.

6. Aktiver Aufbau von CCS-/CCU-Strukturen:

CCS und CCU sind eine wichtige Säule, um CO₂-Emissionen zu reduzieren. Konkret fordern wir daher im Einklang mit der Bundesgesetzgebung:

- Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Aufbau eines landesweiten Pipeline- und Transportnetzes mit Verladungs- und Verschiffungsstruktur durch Akteure der Privatwirtschaft entstehen kann.
- Voraussetzungen für die Erschließung von weiteren Synergien mit den Wärmenetzen zu schaffen.

7. Verlässliche Energieversorgung und Sicherheit kritischer Infrastruktur:

Angesichts mehrerer hybrider Angriffe auf unsere (Energie-)Versorgungsinfrastruktur in Deutschland erachten wir es für essentiell, gemeinsam mit den Energieversorgern und relevanten Akteuren für eine verlässliche und sichere Energieversorgung einzustehen. Daher wollen wir eine neue Plattform „Energiesicherheit“ im Land Bremen zusammen mit der Behörde für Inneres, den Energieverbänden, Versorgern und Betreibern kritischer Infrastrukturen schaffen. Zusammen mit dem Bund, den anderen Bundesländern und Betreibern wollen wir außerdem wirksame Schutzkonzepte für kritische Infrastruktur schaffen. Dazu gehört auch, dass wir in allen existierenden und zukünftigen Veröffentlichungen des Landes Bremen, der Stadtgemeinden sowie der Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaften Hinweise zu Schwachstellen der Energieversorgung sowie der kritischen Infrastruktur und insbesondere auf Informationen zu „single points of failure“ überprüfen und diese gegebenenfalls entfernen.

8. Antriebswende aktiv gestalten und unterstützen

Im Verkehrsbereich stellt die Umstellung auf emissionsfreie Antriebe einen der wichtigsten Hebel bei der Reduzierung der CO₂-Emissionen dar. Im Vergleich zu 1990 wird alleine hierdurch mit einer Reduzierung der CO₂-Emissionen um 70% gerechnet. Diese Entwicklung gilt es aufzugreifen und zu forcieren, durch

- die Ermöglichung und Schaffung von Quartiersgaragen. Diese sollen nicht als Hochregallager für Autos dienen, sondern mit einer verlässlichen E-Ladeinfrastruktur den Umstieg erleichtern, den Straßenraum entlasten und für Klimaanpassungsmaßnahmen freigeben, sowie als Energiespeicher und -produzenten in den Vierteln dienen. Hierfür sollen Flächen im städtischen Besitz verwendet und die BREPARK als etablierter und sachkundiger Player in diesem Bereich strategisch genutzt werden.
- den Ausbau der E-Ladeinfrastruktur, insbesondere durch die Öffnung für den privaten Gebrauch in Nachbarschaften und Gemeinschaften, als Flankierung der öffentlichen Ladeinfrastruktur. Dabei sollen innovative Ansätze wie beispielsweise Ladebordsteine und Ladelaternen mitgedacht werden.
- eine verlässliche Finanzierungsperspektive für die Antriebswende bei der BSAG. Hier liegen die Pläne seit langem auf dem Tisch und es führt aufgrund der Gesetzgebung kein Weg an der Umstellung vorbei, jedoch werden mögliche Förderungen durch die fehlende Bremer Grundlage verhindert, ebenso wie die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Mobilitätsanbietern und anderen Städten. Planungssicherheit schafft hier die Möglichkeit, die Bremer Kosten für die zwingende Umstellung zu reduzieren.

9. ÖPNV nach klaren Kriterien ausbauen

Statt immer wieder neue Ideen, Ansätze und Träumereien in die Diskussion um den Ausbau des ÖPNV einzubringen, brauchen wir eine klare Ausbauperspektive. 40 Jahre für die Straßenbahnverlängerung von Sebaldsbrück bis nach Osterholz ist kein Ausbau des ÖPNV, vielmehr ist es eine Verhinderungstaktik. Dabei ist klar, dass angesichts der finanziellen Bremer Herausforderungen nicht alles sofort gebaut werden kann, was sinnvoll und nötig ist. Gerade hier gilt es, mit Klarheit und nachvollziehbaren Kriterien ehrliche Prioritäten zu setzen. So müssen alle Ausbaupläne im ÖPNV auf den Prüfstand und anhand von Nutzen, Kosten, Realisierungszeit und damit auch hinsichtlich der

Einsparung von CO₂-Emissionen komplett und ehrlich bewertet werden. Darauf gilt es eine klare Reihenfolge für die Umsetzung festzulegen und damit den Ausbau des ÖPNV endlich umzusetzen.

II. Klima- und Hitzeschutzmaßnahmen

1. Verstärkte Entsiegelungen in der öffentlichen Hand:

Um mehr Grünflächen und Schattenplätze zu schaffen, muss in zweierlei Hinsicht effektiver entsiegelt werden:

- Gezielte Nadelstichentsiegelungen auf öffentlichen Flächen (Schulen, Behörden, Busbahnhof etc.) auf 75 Prozent der Flächen der öffentlichen Hand bis 2030, wodurch schnell in Zusammenarbeit mit den Trägern Kleinflächen (ungenutzte Parkplätze, Teile von Schulhöfen) umgewandelt werden.
- Inventur von ungenutzten Brachflächen und ungenutzten Geländen im Bereich der öffentlichen Hand bis 2028 mit anschließender großflächiger Entsiegelung innerhalb von fünf Jahren, um die Gewerbeflächenentwicklung zu schützen und gleichzeitig die Entsiegelung voranzutreiben, passen wir das Bremische Waldgesetz und Baumschutzverordnung an.

2. Klimaanpassungsstruktur aufbauen:

Neben den Entsiegelungen muss großflächig in allen Bereichen die Struktur auf die Auswirkungen des Klimawandels angepasst werden. Konkret fordern wir die folgenden Punkte:

- Ausbauoffensive von Trinkwasserbrunnen im Land Bremen: Bis 2031 sollen rund 100 neue Trinkbrunnen in beiden Stadtgemeinden entstehen.
- Sprühnebel im öffentlichen Raum.
- Synergiestruktur aufbauen (Trinkwasserbrunnen und kostenloses Auffüllen an öffentlichen Gebäuden etc.).
- Erhöhung der Investitionen für die Pflege und der Bepflanzung von neuen Stadtbäumen um 20 Prozent in den kommenden zwei Jahren. Wir streben 1.000 neue Bäume auf neu entsiegelten Flächen an.

- Etablierung einer unterstützenden Genehmigungskultur für Fassaden- und Dachbegrünungen, indem Genehmigungsverfahren vereinfacht, ressortübergreifend koordiniert und innerhalb klarer Fristen bearbeitet werden. Ziel ist, Begrünungsmaßnahmen an öffentlichen und privaten Gebäuden grundsätzlich zu ermöglichen und nur bei zwingenden Gründen abzulehnen.
- Ausbau von Beschattungselementen im öffentlichen Raum, etwa durch Bäume, Sonnensegel und begrünte Pergolen an stark frequentierten Plätzen, Haltestellen und Schulhöfen.

3. Schutz vulnerabler Gruppen:

Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger im Land Bremen im Umgang mit den Auswirkungen der klimabedingten Hitze und Trockenheit unterstützen und vermitteln mit einer umfassenden Kampagne mit Hinweistafeln an Bushaltestellen und öffentlichen Plätzen Wissen zum Umgang damit.

Dabei sind besonders ältere und pflegebedürftige Menschen sowie Heranwachsende und Kinder sind von den klimatischen Auswirkungen betroffen. Daher braucht es eine flächendeckende Versorgung mit energieeffizienten Lüftungs- und Kühlsystemen in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und Bildungsbauten.

Bis 2030 wollen wir alle öffentlichen Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen mit entsprechenden Anlagen ausstatten. Dabei sollen – wo möglich – Synergien zwischen dem Umstieg auf klimaneutrale Wärmelösungen wie (Groß-)Wärmepumpe und ihre mögliche Doppelfunktion zum Heizen und/oder Kühlen genutzt werden. Für diese Investitionen sollen vorhandene Bundesfördermittel erschlossen und genutzt werden.

4. Stärkung der Umweltbildung:

Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, die Klimaanpassung und der Klimaschutz sind eng mit Wissen, Bewusstsein und gesellschaftlicher Beteiligung verwoben. Daher setzen wir uns für den Erhalt und Ausbau eines qualitativ hochwertigen, wissenschaftlich fundierten und politisch neutralen Angebots der Umwelt- und Klimabildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene ein.

Wir wollen Umweltbildung stärker mit Wissenschaft und Wirtschaft verzahnen. Der Klimacampus muss schneller in die Umsetzung gebracht werden und neben der

387 Ausbildung auch vielfältige Weiterbildungsangebote ermöglichen. So schaffen wir die
388 Grundlage für eine Fachkräfteoffensive im Klimahandwerk und stärken zugleich die In-
389 novationskraft des Standorts Bremen.

390 Die führenden Bremer Klimainstitute sollen stärker dabei unterstützt werden, For-
391 schungsergebnisse in marktfähige Anwendungen und neue Geschäftsmodelle zu über-
392 führen. Forscherinnen und Forscher von heute können mit den richtigen Unterstützungs-
393 angeboten zu Gründerinnen und Gründern der Zukunft werden. Dafür wollen wir Aus-
394 gründungen, Technologietransfer, Gründungsberatung und den Zugang zu Finanzie-
395 rungs- und Erprobungsmöglichkeiten gezielt stärken.

396 Auch Schulen sollen stärker zu Orten des Tüftelns, Erfindens und praktischen Lernens
397 werden. Kinder und Jugendliche sollen die Möglichkeit erhalten, eigene innovative Lö-
398 sungen für neue gesellschaftliche und ökologische Herausforderungen zu entwickeln
399 und zu erproben. Damit fördern wir Kreativität, technisches Verständnis und unterneh-
400 merisches Denken bereits frühzeitig.

401 Dafür setzen wir uns insbesondere für folgende Punkte ein:

- 402 • Ausbau außerschulischer Lernorte und praxisnaher Umweltbildungsangebote für
403 Kinder und Jugendliche.
- 404 • Stärkere Verankerung von Klima-, Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen mit einem
405 positiven Zukunftsbild in Schulen, Kitas und Einrichtungen der Erwachsenenbil-
406 dung.
- 407 • Einrichtung und Förderung von Tüftel-, Maker- und Innovationsangeboten an
408 Schulen, in denen Schülerinnen und Schüler eigene Lösungen für Klimaschutz
409 und Klimaanpassung entwickeln.
- 410 • Stärkere Unterstützung von Wettbewerben, Schülerlaboren und Praxisprojekten
411 zu Umwelt, Technik und Nachhaltigkeit.
- 412 • Beschleunigte Umsetzung des Klimacampus als zentralem Ort für Ausbildung,
413 Weiterbildung und Innovation im Klimahandwerk.
- 414 • Entwicklung modularer und berufsbegleitender Weiterbildungsangebote für Be-
415 schäftigte, Unternehmen und Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger.
- 416 • Stärkere Unterstützung von Bremer Unternehmen und Handwerksbetrieben bei
417 der Qualifizierung ihrer Beschäftigten für klimaneutrale Technologien.

- Ausbau von Gründungsberatung, Technologietransfer und Ausgründungsprogrammen an den Bremer Klimainstituten.
- Förderung von Reallaboren, in denen Forschungsergebnisse gemeinsam mit Unternehmen, Start-ups und Handwerksbetrieben in der Praxis erprobt und zu marktfähigen Lösungen weiterentwickelt werden.
- Sicherstellung, dass Umwelt- und Klimabildung wissenschaftlich fundiert, faktenbasiert und politisch neutral erfolgt.

5. Ansiedlung und Förderung von Klimatechnologie und Start-ups:

Bremen verfügt mit seiner Wissenschafts- und Forschungslandschaft (Universität Bremen, Fraunhofer-Institute, Alfred-Wegener-Institut, Hochschule Bremen) über gute Voraussetzungen, um sich als Standort für Klimatechnologie-Unternehmen und Start-ups zu etablieren. Wirtschaftliche Wertschöpfung und Klimaschutz schließen sich nicht aus, sondern bedingen sich gegenseitig.

Klimaschutz ist für Bremen nicht nur ökologische Pflicht, sondern einer der größten Wachstumsmärkte der kommenden Jahrzehnte – und der Standort liefert bereits heute den Beweis dafür. Mit dem ersten Klimaturm Bremens, einer großformatigen Luft-Wasser-Großwärmepumpe, die im Juni 2026 auf der Überseeinsel in Betrieb gegangen ist und ab Jahresende in Bremerhaven in Serie gefertigt werden soll, entsteht eine Lösung „made in Bremen“ für genau die städtischen Lücken, die weder mit Fernwärme noch mit klassischen dezentralen Wärmepumpen wirtschaftlich zu schließen sind. Ein Bremer Start-up entwickelt elektrische Hochtemperaturheizungen mit Wirkungsgraden von über 95 Prozent, die fossil befeuerte Industrieöfen in der Ziegel-, Stahl-, Glas- und Chemieproduktion ersetzen können – ein Exportgut mit globalem Marktpotenzial. Ein Gemeinschaftsunternehmen norddeutscher Agrar- und Mühlenbetriebe verarbeitet regional angebaute Ackerbohnen zu einer gentechnikfreien, sojafreien Proteinalternative für die Lebensmittelindustrie – ein Beispiel dafür, wie Klimaschutz und regionale Wertschöpfung in der Agrar- und Ernährungswirtschaft zusammengehen. Und ein weiteres Bremer Start-up hat eine KI-gestützte Steuerungssoftware entwickelt, mit der sich bestehende Kühlhäuser der Lebensmittelindustrie in flexible Stromspeicher verwandeln lassen – mit nachgewiesenen Einsparungen von über 20 Prozent bei den Energiekosten und über 10 Prozent bei den CO₂-Emissionen. Diese Beispiele stehen exemplarisch für das ökonomische Potenzial, das in einer konsequenten Förderung von Klimatechnologie liegt: neue

451 Unternehmen, neue Fachkräfte und Exportchancen für Bremer Ingenieurskunst. Wer Kli-
452 maschutz nur als Kostenfaktor begreift, verkennt diese Chance.

453 Um Bremen als Innovations- und Gründungsstandort für Klimatechnologien zu stärken,
454 fordern wir die folgenden Punkte:

- 455 • Aufbau eines Klimatechnologie-Clusters bzw. Reallabors zur Vernetzung von Wis-
456 senschaft, Handwerk, etablierten Unternehmen und Start-ups. Dabei sind beste-
457 hende Strukturen miteinander zu verzahnen und in den Fokus der Zukunftsmärkte
458 für die Bremische Wirtschaft zu heben.
- 459 • Bereitstellung von Wagniskapital und Bürgschaften über die Bremer Aufbau-Bank
460 (BAB) gezielt für Klimatechnologie-Start-ups.
- 461 • Ansiedlungsanreize (u. a. bei Gewerbeflächen und Genehmigungsverfahren) für
462 Unternehmen in den Bereichen CCS/CCU, Wasserstoff, Energiespeicher und
463 Kreislaufwirtschaft.
- 464 • Ausbau von Reallaboren und Testfeldern, um Innovationen aus der Forschung
465 schneller in die Anwendung zu bringen.
- 466 • Enge Verzahnung mit bestehenden Instrumenten der Wirtschaftsförderung (BAB,
467 WFB) unter Vermeidung von Doppelstrukturen.
- 468 • Abbau bürokratischer Hürden bei Genehmigungsverfahren für innovative Klima-
469 technologien, um Bremen als schnellen und attraktiven Standort zu positionieren.

470

471 **6. Wohnbestände kommunaler Wohnungsbaugesellschaften klimaresilient gestalten:**

472 In Gesprächen mit den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften werden wir uns dafür
473 einsetzen, dass neue Wohnungen sowie bestehende Wohnbestände schrittweise auf
474 eine klimaneutrale Wärme- und Kälteversorgung umgestellt werden. Diese Umstellung
475 darf nicht zu einem neuen Geschäftsmodell zulasten der Mieterinnen und Mieter werden.
476 Sie muss warmmietenneutral erfolgen und darf nicht zu steigenden Gesamtwohnkosten
477 führen.

478 Wir entwickeln die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften zu Innovationstreibern für
479 klimaneutrales und klimaresilientes Bauen und Sanieren. Dabei setzen wir auf transpa-
480 rente Kostenmodelle, langfristige Investitionsplanung und praxistaugliche Technologien.
481 Zugleich stärken wir das Handwerk und Baugewerbe am Standort Bremen, indem

482 regionale Unternehmen frühzeitig eingebunden, Fachkräfte qualifiziert und lokale Wert-
483 schöpfungsketten ausgebaut werden.

484 Dafür setzen wir uns insbesondere für folgende Punkte ein:

- 485 • Warmmietenneutrale Umstellung auf klimaneutrale Wärme- und Kälteversorgung,
486 ohne zusätzliche Belastung der Mieterinnen und Mieter.
- 487 • Transparente Prüfung der tatsächlichen Gesamtwohnkosten vor und nach jeder
488 energetischen Modernisierung und darauf basierend die "Beste Technologiewahl"
- 489 • Nutzung von Fördermitteln und Effizienzgewinnen zur Kostensenkung, anstatt die
490 Umstellung als zusätzliches Gewinnmodell zu nutzen.
- 491 • Aufbau eines Bremer Kompetenznetzwerks aus kommunalen Wohnungsbauge-
492 sellschaften, Handwerk, Baugewerbe, Hochschulen und Technologieanbietern.
- 493 • Stärkung des lokalen Handwerks durch planbare Auftragsvolumina, Qualifizie-
494 rungsangebote und eine mittelstandsfreundliche Vergabe.
- 495 • Pilotprojekte für klimaneutrale Quartiere, deren technische und wirtschaftliche
496 Erfahrungen anschließend auf weitere Wohnbestände übertragen werden.